



FOCUS vom 01.08.2020, Nr. 32, Seite 30

Politik

## Elite-Partner

**Sind die Grünen allmählich die neue FDP? Auf ihrem konsequenten Weg zur Macht flirtet die Umweltpartei mit der Wirtschaft. Wie sich in der New Ökonomie plötzlich Werte- und Koordinatensystem ändern**

*Neuorientierung Das Grünen-Führungsduo während der Sommertour im Hamburger Energiebunker. Mit ihrem neuen Wirtschaftskurs wollen Baerbock und Habeck Ökologie, Markt und Wettbewerb verbinden Foto: Christian Charisius/dpa*

Ausgerechnet beim größten Chemiekonzern der Welt findet Robert Habeck Verbündete. Am Sitz der BASF in Ludwigshafen am Rhein arbeiten fast 40 000 Frauen und Männer auf rund zehn Quadratkilometern in etwa 2000 Gebäuden. Rund 20 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pustet das Unternehmen jedes Jahr in die Luft. Der Grünen-Chef ist auf Sommerreise und will erfahren, ob Klimaschutz auch hier, im industriellen Herzen des Landes, möglich ist. Und schon wenige Minuten, nachdem Habeck an diesem heißen Julimittwoch angekommen ist, sagt BASF-Werksleiter Uwe Liebelt die entscheidenden Sätze. Jene Sätze, die Habeck nach Berlin mitnehmen wird. "Wir haben in Deutschland zu wenig nachhaltige Energie. Wir müssen unbedingt mehr nachbauen." Habeck lächelt und antwortet: "Willkommen in meinem Leben." Ein hochrangiger Industriemanager, der den Ausbau der erneuerbaren Energien fordert. Besser hätte der Besuch für den Grünen-Chef kaum starten können. Noch vor ein paar Jahren hätten sich die Grünen wohl kaum zu einem launigen Plausch bei einem Unternehmen wie der BASF eingelassen. Für viele Grüne ist der Konzern schlicht ein Klimakiller. Doch die Parteiführung um Annalena Baerbock und Robert Habeck sucht seit Monaten demonstrativ die Nähe zur Wirtschaft. Und ja, auch zur Industrie. Die Grünen wollen eine Wirtschaftspartei werden. Nicht wie die FDP oder Union. Sie wollen die Partei einer "sozial-ökologischen Industriepolitik" werden. BASF ist ein Beispiel, wie das gelingen könnte, denn der Chemiekonzern will weiter erwachsen, allerdings "klimaneutral", so Werksleiter Liebelt. Acht Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> würde das Unternehmen bis zum Jahr 2030 zusätzlich ausstoßen, wenn es seine Expansionspläne auf klassische Weise umsetzen und weitermachen würde wie bisher. Durch effizientere Verfahren will BASF die acht Millionen Tonnen nicht ausstoßen und trotzdem wachsen. **Wachstum: ja, aber klimaneutral** Das gefällt Habeck, Baerbock und ihren Anhängern. Im Entwurf ihres neuen Grundsatzprogrammes heißt es, das Schlüsselprojekt sei die "vollständige Dekarbonisierung der Produktionsprozesse in Europa". Und weiter: "Automobilindustrie, Chemie und Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten, aber diese Branchen müssen sich neu erfinden."

*Die Zukunft in Händen Robert Habeck vor einer Methanpyrolyse-Anlage zur Wasserstoffgewinnung während seines Besuchs bei der BASF*

*Partner im Ländle Daimlerchef Ola Källenius (l.) übergibt Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann seinen Dienstwagen*

*Unerwartet Baerbock als Vortragende beim Bundesverband der Deutschen Industrie*

» Habeck und Baerbock wollen sich den Wählern als anschlussfähige Bündnispartei präsentieren « Oskar Niedermayer, Parteienforscher

Neu erfinden? Nur, wie soll das gelingen? Das CO<sub>2</sub> abspalten und speichern? Unterirdisch womöglich? Darüber denken sie nach bei BASF, die Grünen sehen das sogenannte CCS-Verfahren kritisch. BASF, da sind sich später alle einig, sollte künftig Produkte herstellen, ohne dabei CO<sub>2</sub> auszustoßen. Davon ist das Unternehmen allerdings noch viele Jahre, vermutlich sogar Jahrzehnte entfernt. Doch das scheint an diesem Tag nicht weiter schlimm zu sein. Nicht für BASF und auch nicht für die Grünen. Hier geht es um Außenwirkung. Die Klimakrise trat in den letzten Monaten in den Hintergrund. Gerade punktet die Partei, die den sichersten Weg aus der Wirtschaftskrise weisen kann. Wenn dieser Weg dann auch in eine klimaneutrale Zukunft führt - umso besser. Doch rausführen, das muss er. Also tun die Grünen alles, um ihren Wählern eine ökonomische Perspektive zu präsentieren. Nur welche? **Links war gestern** Früher gehörte die Partei wirtschaftspolitisch klar zum linken Spektrum. Die schlichte Formel lautete: Unternehmen sind böse, Geld verdienen ist obszön. Heute sind die Dinge nicht mehr ganz so eindeutig. Linkes mischt sich mit Rechtem, Liberales mit Konservativem, Progressives mit Reaktionärem. Für jeden ist was dabei. Bürokratieabbau klingt nach FDP. Enteignung nach Linkspartei, Bewahrung der Schöpfung nach Union, ein Bekenntnis zum Faktor Arbeit nach SPD. Der Berliner Parteienforscher Oskar Niedermayer verfolgt die Entwicklung der

Grünen seit Jahrzehnten. Er sagt: "Habeck und Baerbock wollen sich den Wählern als nach beiden Seiten anschlussfähige Bündnispartei mit dem Anspruch auf Mehrheitsfähigkeit für die gesamte Gesellschaft präsentieren." Damit käme den Grünen eine ähnliche Rolle zu wie der FDP in der Bonner Republik, in der sie mit Union und SPD anbandeln konnte. Die Verbindung zu beiden Seiten ist die Wirtschaftspolitik. Auf dem Parteitag in Bielefeld im November 2019 erklärte Grünen-Chef Robert Habeck, er wolle den "Krieg der Ökonomie gegen die Ökologie" beenden. Im Entwurf für das grüne Grundsatzprogramm liest sich das so: "Märkte können ein mächtiges Instrument für ökonomische Effizienz, Innovation und technologischen Fortschritt sein." Früher hätten die Grünen Gewinnmaximierung und Marktwirtschaft kritisiert, stellt der Düsseldorfer Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann fest. "Jetzt soll die Marktwirtschaft dabei helfen, grüne Ziele zu erreichen." In Anlehnung an das Bekenntnis der SPD zur Marktwirtschaft in ihrem Godesberger Programm 1959 spricht von Alemann sogar von einem "grünen Godesberg". Wirtschaftspolitisch sind die Grünen also ein hybrider Haufen, dessen Ausrichtung an Walter Eucken erinnert, den großen Ordoliberalen und Begründer der Freiburger Schule. Eucken gilt als ein Verfechter des starken Staates. Den braucht es, um die Macht der Konzerne wirtschaftlich zu begrenzen. Dieser starke Staat garantiert den nötigen Freiraum für den Wettbewerb der einzelnen Wirtschaftseinheiten. In einer Zeit, in der ernst zu nehmende Unternehmer Birkenstocks und Grüne ernsthaft Anzug tragen, kommt dieses Hybrid-Modell an. "Ich bin immer wieder überrascht", sagt ein Lobbyist aus einer **energieintensiven** Branche, "wie professionell und gut vorbereitet die Grünen- Abgeordneten in unsere Gesprächsrunden gehen". Die Unionsleute würden gelegentlich augenzwinkernd versprechen, dass man sich kümmern werde, den Status quo erhalten wolle. "Dabei sind uns Nachhaltigkeit und Umwelt- freundlichkeit wirklich wichtige Anliegen", sagt der Interessenvertreter. "Wir sind da längst weiter."

*Gut zureden Annalena Baerbock und Siemens- CEO Joe Kaeser beim Wirtschaftskongress der Grünen-Bundestagsfraktion im Februar*

*Gateway to Heaven Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir in der künftigen S-Bahn-Haltestelle "Gateway Gardens" am Flughafen Frankfurt*

*Lagerbildung Robert Habeck (l.) mit Rewe- Chef Lionel Souque im Kölner Logistikzentrum*

» Der Staat lenkt so viel wie nötig, nicht so viel wie möglich « Katharina Dröge, Bündnis 90/Die Grünen

Diese kleinen Begebenheiten könnten ein erster Hinweis auf eine neue Zeit sein. Auf die so häufig angekündigte Versöhnung von Ökologie und Ökonomie. Doch es gibt da ein Problem. Ein personelles. Wirtschaftliche Kompetenz ist rar bei den Grünen. Einer der wenigen ist der EU-Abgeordnete Sven Giegold, der das gesamte Spielfeld inklusive Finanzen und digitale Wirtschaft abdeckt. Die grüne Wirtschaftspolitikerin Kerstin Andreae hat Ende 2019 die Seiten gewechselt und ist nun Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der **Energie**- und Wasserwirtschaft. Eine Grüne, die damit also nicht nur die **Windenergie** vertritt, sondern auch die Atom- und Kohleindustrie. Andreaes kundige Nachfolgerin ist Katharina Dröge. Die 35-Jährige ist seit Oktober vorigen Jahres Sprecherin für Wirtschaftspolitik der Grünen-Fraktion und zählt sich selbst zum linken Flügel der Grünen. Die neue pragmatische Haltung der Partei gegenüber der Industrie umschreibt sie folgendermaßen: "Wir diskutieren mit euch nicht über Ziele wie die Klimaneutralität, aber über die Wege. Wenn ihr bessere Vorschläge habt, dann nehmen wir eure." Dafür haben Dröge und ihre Mitstreiter in den vergangenen Monaten viel mit Deutschlands Unternehmern gesprochen. Auch mit den Schwergewichten aus der Automobil- und Chemieindustrie. Also mit den Firmen, die zwar für die meisten Arbeitsplätze sorgen, aber auch für die meisten CO2-Emissionen. Von denen verlangt das neue Grundsatzprogramm der Grünen nicht weniger, als dass sie sich neu erfinden müssten. Das Feedback der deutschen Industrie sei positiv, freut sich die Abgeordnete. Anders als früher gelte klimaneutrale Produktion heute nicht mehr als unmöglich. "Jetzt diskutieren wir über den Weg. Diese Unternehmen suchen ja selber nach neuen Möglichkeiten." So schlagen die Grünen eine Art Pakt mit den Firmen vor: Auf dem Weg zur Klimaneutralität wird die Produktion so lange bezuschusst, bis sie sich rentiert. Und europaweite Klimazölle sollen gegen unfairen Wettbewerb aus China oder Indien absichern.

### Autobranche als Negativbeispiel

Die Industriepolitik - ein nicht nur für die Grünen ungewohntes Terrain - soll nach Dröges Worten zu einem Schwerpunkt der Politik in den nächsten zehn Jahren werden. "So etwas wie in der Automobilindustrie, die zu lange nachgedacht hat, sollte in anderen Branchen nicht wieder passieren." Was Dröge sagt, klingt allerdings nach mehr Dirigismus und viel Staat. Und das hören Unternehmer nicht gerne. "Der Staat lenkt so viel wie nötig, nicht so viel wie möglich", beschwichtigt Dröge. Aber: Natürlich müsse er die Spielregeln setzen. Dazwischen könnten die Unternehmen selber entscheiden, was sie tun wollten. Ein anderer Hoffnungsträger der Grünen sitzt in seinem Büro im Wiesbadener Landeshaus und heißt Tarek Al-Wazir. Der hessische Minister für Wirtschaft, **Energie**, Verkehr und Wohnen ist ein bekennender Realo und gilt als Pragmatiker. Al-Wazir hat Zeiten erlebt, in denen die Vorbehalte gegen Grüne größer waren als heute. Zeiten, in denen Unternehmen seine Wahlkampfbesuche lieber ohne die Presse wünschten. "Wenn der Grüne dann aber auf einmal Wirtschaftsminister ist, ändert sich das natürlich", sagt der 49-Jährige. Inzwischen verantwortet Al-Wazir den Ausbau des Frankfurter Flughafens, die Corona-Soforthilfen für Unternehmer und den Wohnungsmarkt in Hessen. Immer wieder holen sich auch die Bundesgrünen Rat vom versierten Landespolitiker ein. "Robert Habeck hat immer darauf geachtet, dass meine Berliner Amtskollegin Ramona Pop und ich unseren Senf dazugeben können." Auch beim Grundsatzprogramm, das im Herbst verabschiedet werden soll, arbeitet Al-Wazir mit. Genau wie Dröge setzt er auf das marktwirtschaftliche Prinzip unter dem Primat der Nachhaltigkeit. Wie

das gehen soll? "Das **Erneuerbare-Energien**-Gesetz war hochumstritten", sagt Al-Wazir. Inzwischen sei es in seinen Grundzügen weltweit kopiert worden. "Wir zeigen den Leuten, dass man mit Nachhaltigkeit Geld verdienen kann und setzen damit eine Entwicklung in Gang."

*Vom Revoluzzer zum Lobbyisten Ex-Außenminister Joschka Fischer protestierte 1983 am Frankfurter Flughafen gegen den Ausbau weiterer Startbahnen. Nach der Polit - karriere war er Berater u. a. für BMW, Siemens und RWE*  
Einen Kompetenzmangel in Sachen Wirtschaft gibt er nur indirekt zu. "Ich bin jetzt seit 30 Jahren bei den Grünen", sagt Al-Wazir, "am Anfang traute man uns nur in Umweltfragen Kompetenzen zu." Inzwischen seien viele Felder dazugekommen. Gleichberechtigung, Gesellschaftspolitik und nicht zuletzt Verkehrspolitik und Landwirtschaft. "Es dauert eben ein bisschen, bis man sich das Vertrauen erarbeitet." Der Kuschelkurs der Grünen gegenüber der Wirtschaft kommt nicht bei allen an. Die Partei müsse sich fragen, für wen und was sie Politik machen wolle, sagt Luisa Neubauer, Grünen-Mitglied und Organisatorin von "Fridays for Future". Wenn die Antwort "ein zwar geschmeidiger aber inkonsequenter Mittelweg" sei, bei dem der Klimaschutz zur Disposition stehe, entstehe eine Lücke in der Parteienlandschaft. In Ludwigshafen bei der BASF fragt Grünen-Chef Habeck den Werksleiter, welche Unterstützung er von der Politik erwartet. Uwe Liebelt hat eine Liste mit drei Punkten vorbereitet: mehr Abschreibungsmöglichkeiten durch eine bessere Forschungsförderung, sauberen und grün hergestellten Wasserstoff bevorzugen und ein Qualitätslabel für eben jenen sauberen Wasserstoff einführen. Drei Punkte, eine klare Botschaft. Wenige Minuten später tritt Habeck draußen auf dem Werkshof vor die Kameras. Er wird gefragt, welche Forderungen er in Sachen Industriepolitik nach seinem Besuch erhebt. Er nennt die exakt gleichen drei Punkte des BASF-Managers.

### Grüne in der Wirtschaft

Die Ökos und die Konzerne, einst galt das als unüberwindbarer Gegensatz. Heute sind die Berührungspunkte geringer. Sechs Grüne, die die **Seiten gewechselt** haben

#### Simone Peter

Bis Januar 2018 war die Saarländerin Parteichefin der Grünen. Nur zwei Monate später wurde sie Präsidentin des Bundesverbands **ErneuerbareEnergien** (BEE).

#### Rezzo Schlauch

Kurz nach Mandatsende wechselte der Ex-Wirtschaftsstaatssekretär 2005 in den Beirat des **Energiekonzerns** EnBW. Inzwischen arbeitet er als Wirtschaftsberater.

#### Kerstin Andreae

Die frühere wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag führt seit 2019 den Bundesverband der **Energie-** und Wasserwirtschaft (BDEW).

#### Matthias Berninger

Bis 2005 war er Staatssekretär im Verbraucherschutzministerium. Seit 2007 arbeitet er als Lobbyist - zunächst für Mars, heute für Bayer.

#### Christine Scheel

Die grüne Finanzexpertin legte 2012 ihr Bundestagsmandat nieder, um in den Vorstand der Darmstädter **Energiefirma** Heag (heute Entega) einzuziehen.

#### Volker Ratzmann

Der Ehemann von Kerstin Andreae war Repräsentant des Landes Baden-Württemberg beim Bundesrat, bevor er im Mai 2020 zur Deutschen Post ging

*TEXT VON GUDRUN DOMETEIT, MARC ETZOLD, JAN GARVERT, ANDREAS GROSSE-HALBUER, MAXIMILIAN KRONES, SARA SIEVERT UND MARCEL WOLLSCHIED*

Bildunterschrift:

Neuorientierung Das Grünen-Führungsduo während der Sommertour im Hamburger **Energiebunker**. Mit ihrem neuen Wirtschaftskurs wollen Baerbock und Habeck Ökologie, Markt und Wettbewerb verbinden

Foto: Christian Charisius/dpa

Die Zukunft in Händen Robert Habeck vor einer Methanpyrolyse-Anlage zur Wasserstoffgewinnung während seines Besuchs

bei der BASF

Partner im Ländle Daimlerchef Ola Källenius (l.) übergibt Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann seinen Dienstwagen

Unerwartet Baerbock als Vortragende beim Bundesverband der Deutschen Industrie

Gut zureden Annalena Baerbock und Siemens- CEO Joe Kaeser beim Wirtschaftskongress der Grünen-Bundestagsfraktion im Februar

Gateway to Heaven Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir in der künftigen S-Bahn-Haltestelle "Gateway Gardens" am Flughafen Frankfurt

Lagerbildung Robert Habeck (l.) mit Rewe- Chef Lionel Souque im Kölner Logistikzentrum

Vom Revoluzzer zum Lobbyisten Ex-Außenminister Joschka Fischer protestierte 1983 am Frankfurter Flughafen gegen den Ausbau weiterer Startbahnen. Nach der Polit - karriere war er Berater u. a. für BMW, Siemens und RWE

<b>Quelle:</b>	FOCUS vom 01.08.2020, Nr. 32, Seite 30
----------------	--


<b>Rubrik:</b>	Politik
----------------	---------

<b>Dokumentnummer:</b>	foc-01082020-article_30-1
------------------------	---------------------------

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/FOCU\\_\\_9e9ed6b516f9bdc24669f1ed0b8ffa6f1112c01](https://www.wiso-net.de/document/FOCU__9e9ed6b516f9bdc24669f1ed0b8ffa6f1112c01)

Alle Rechte vorbehalten: (c) FOCUS Magazin-Verlag GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH